

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/1

Bonn, den 4. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

SPD-Archiv

Seite:

M 2 Bde

Zeilen:

1 - 2

"Für den Fall, daß ..."

82

Wissenswertes über das Zusammenspiel Paris-Pankow

3

Jetzt erst recht - Förderung der Zonenrandgebiete

52

Atomminenpläne beruhigen nach wie vor die Bevölkerung

4

Moskaus Liebeswerben um Skandinavien

46

Nikojans Finnlandbesuch war nur ein Auftakt

5 - 6

WEU als Vorbild für Lateinamerika ?

75

Wirtschaftsgemeinschaft soll politischen Unterbau erhalten

Von Paul Haupt

\*

\*

\*

4. Januar 1965

"Für den Fall, daß ..."

Wissenswertes über das Zusammenspiel Paris-Pankow

G.M. - Für den Fall, daß man im Bonner Auswärtigen Amt, im Gesamtdeutschen Ministerium, im Wirtschaftsministerium und im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung schon jetzt wissen möchte, wie die Wirtschaft der SBZ ihre Kontakte - auch zu westlichen Ländern - in Vorbereitung der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse ausgebaut hat, übermitteln wir den zuständigen Stellen einige Hinweise. Wir möchten vermeiden, daß Regierungssprecher Staatssekretär Günther von Hase noch einmal in die peinliche Lage kommt, sagen zu müssen, die Bundesregierung habe erst "vor einer Woche" von bestimmten Geschäftsabschlüssen mit Pankow Kenntnis erhalten.

1) Die französische Wirtschaft hat bereits 15 Prozent mehr an Ausstellungsfläche in Leipzig gemietet als im Vorjahr.

2) In erster Linie wird ausstellen: Der französische Stahlverband CFA, Paris, dessen angeschlossene Firmen in allen Metallbranchen zu suchen sind, die ihrerseits wiederum mit den in der EWG verankerten Gesellschaften zusammenarbeiten. In dieser Ausstellergruppe sind auch Firmen ausserhalb Frankreichs zu finden, die "französische" Lieferungen mit Teillieferungen von Ländern ausserhalb des französischen Wirtschaftsgebietes ermöglichen.

Vornehmlich werden von CFA alle Arten von Maschinen angeboten, sowie ganze Fabrikeinrichtungen erstellt.

3) Erstmals werden in Leipzig folgende französische Firmen, die z.T. mit Staatskrediten für das Exportgeschäft ausgestattet sind, in Erscheinung treten.

Renault/Autos

Kuhlmann-Konzern/Stähle

Schneider-Creusot/Stähle, (früher Waffen)

Compagnie Francaise de Television

(Vornehmlich Apparaturen für Farbfernsehen)

4) Die französische Wirtschaft wird auf der kommenden Leipziger Messe - ausgestattet mit staatlichen Krediten - bei weitem der stärkste Aussteller aus einem reich kommunistischen Land sein.

5) Ein harter Konkurrenzkampf ist zwischen italienischen, französischen, belgischen und englischen Privatfirmen zu erwarten. Man rechnet damit, daß die französischen Aussteller die meisten Aufträge erhalten werden, da sie die besten Möglichkeiten haben, ihre Warenangebote mit langfristigen Kreditangeboten "anzureichern". Ausserdem treten sie in Leipzig zum Teil als "Tochtergesellschaften" amerikanischer Firmen auf, die ihrerseits wiederum mit Lizenzen anderer Unternehmungen - auch deutscher - arbeiten.

6) Ein wesentlicher Teil der für die Vorbereitung französischer Exportgeschäfte nach der SBZ notwendigen Verbindungsarbeiten wurde - besonders bei großen französischen Metallwarenausstellern - von kommunistischen Betriebsräten der Confédération Générale du Travail (CGT) und der zu 90 Prozent kommunistisch gesteuerten Metallarbeitergewerkschaft geleistet, die wiederum über gute Verbindungen zum ebenfalls von der KP gesteuerten "Gewerkschaft" (FDGB) der Zone verfügt. Dank dieser Verbindungen ist es französischen Industriellen auch gelungen, formale und von der französischen Regierung gewiß gefürchtete Belastungen des Freundschaftsverhältnisses zwischen Paris und Bonn zu vermeiden.

Sollte die Bundesregierung diese Hinweise wiederum als "völlig überraschend und neu" bezeichnen, machen wir darauf aufmerksam, daß es in Paris eine Art Handelsvertretung der SBZ gibt, bei der man umfassende Auskünfte über die wirtschaftlich-"gewerkschaftliche" Verbindungsarbeit von Zonenfunktionären bei französischen Industriefirmen erhalten kann. Ausserdem geben die offiziellen und in alle Welt gratis verschickten INFORMATIONEN des Pressezentrum der Leipziger Messe interessante Hinweise auf die Vorbereitungen französischer Aussteller in Leipzig.

Über die Querverbindungen französischer Firmen mit Konzernen anderer westlicher Länder (Tochtergesellschaften), über deren finanzielle und organisatorische Verflechtungen können die zuständigen Stellen in Brüssel und Luxemburg Auskunft geben.

Wir verweisen auf alle diese Informationsmöglichkeiten, weil wir vermeiden wollen, daß man eines Tages in den Hauptstädten des mit der Bundesrepublik befreundeten Auslandes erklärt, in Bonn belüge man sich selbst, wenn man öffentlich behauptet, von diesen Fakten nichts zu wissen.

Im übrigen: Wir wollen nicht, daß sich die Bundesregierung, deren Vertreter doch ausreichende Beziehungen zu allen international organisierten Industriegruppen und Banken haben, deren Vertreter oder Beauftragte in den meisten internationalen Gremien von Finanz, Handel und Wirtschaft sitzen, sich lächerlich macht, indem sie ihren Sprecher erklären läßt, sie wisse von allen diesen Vorgängen nichts, oder sie sei "nicht offiziell informiert" worden.

+ + +

Jetzt erst recht - Förderung der Zonenrandgebiete

Atomminen-Pläne beunruhigen nach wie vor die Bevölkerung

sp - Wenn auch in Bonn erklärt wurde, daß im Zonengrenzraum von Hof bis Lübeck kein Atomminengürtel etabliert worden sei, so läßt sich der Schaden, den die unklare Haltung des Bundesverteidigungsministers von Hassel und seines Inspektors Trettner in dieser Sache angerichtet hat, noch nicht übersehen. Die Ungewisheit, daß man eine Vorwärtsverteidigung mit Hilfe von Atomminen "planen" könnte, bleibt.

Darüber hinaus ist in den Wirtschaftsministerien in Kiel, Hannover, Wiesbaden und München die ganze Affäre mit all ihren Zwielflicht als überaus schädigend für die künftige Entwicklung des Zonengrenzraums empfunden worden. Man fragt sich, wie es nun künftig möglich sein soll, Industrien und Fremdenverkehr in die Nähe der Demarkationslinie zu ziehen. Es liegen Berichte vor, wonach Verhandlungen mit Industrie-Unternehmen über die Ansiedlung im Zonengrenzraum, wo es immer noch am ehesten Arbeitskräfte gibt, geplatzt sind. Man fragt sich, ob die Abwanderung in Richtung Westen sich jetzt noch verstärken wird.

Sofort nachdem der Bericht über das Atomminen-Projekt aus der NATO-Konferenz in Paris in den Zeitungen veröffentlicht wurde, hätte die Bundesregierung durch Bundeskanzler Erhard die Absurdität des Projekts darstellen müssen. Darüber hinaus steht noch immer das Wort des Verteidigungsministers von Hassel aus, daß man unter gar keinen Umständen und zu keinem Zeitpunkt Atomminen an die Zonengrenze legen wird, um dort etwa die Landschaft so zu verändern, wie es sich Militärs eben denken können.

Es liegt jetzt an der Bundesregierung, endlich mit einem Förderungsplan für den Zonengrenzraum der Bundesrepublik aufzuwarten. Das Atomminenprojekt hat nicht nur psychologischen sondern auch schon großen materiellen Schaden angerichtet und den Förderungsprojekten der Länderregierungen eine große Hürde entgegengesetzt.

Man hat seit langem den Eindruck, daß die Politik der Bundesregierung darauf hinausläuft, aus dem Zonengrenzraum einen abgeschriebenen Landstrich zu machen. Wenn das Projekt der Bundesbahn, die Verkehrsbedienung des Gebietes an der Zonengrenze drastisch zu reduzieren, gestoppt werden ist, so wäre es doch gut, sich einen Bericht über die bereits erfolgten Stilllegungen vorlegen zu lassen. Es sind doch tatsächlich in den letzten Jahren schon viele Bahnhöfe und Güterabfertigungsstellen stillgelegt worden. Beim Bau der Autobahnen und Bundesstraßen scheint der Blick aus Bonn nicht sehr weit östlich zu gehen. Die einschlägigen Karten beweisen, daß Schwerpunktbauprogramme im Zonengrenzraum nicht vorgesehen sind.

Es wäre dem Bundeskabinett auch anzuraten, sich die Pläne über die Erdölleitungen in der Bundesrepublik zeigen zu lassen. Keine der Leitungen reicht weiter östlich als bis Frankfurt oder bis zum Raum Ingolstadt. Im Koalitionsabkommen von 1961 war vereinbart worden, daß mit dem Bau des Nord-Süd-Kanals in der Nähe der Zonengrenze begonnen werden sollte. In dieser Legislaturperiode aber wird der erste Spatenstich nicht getan werden. - Schon vor diesem Hintergrund der Verkehrsvernachlässigung hatten die Bundesländer alle Hände voll zu tun, um Industrien für den Zonengrenzraum zu interessieren. Das Projekt der Atomminen hat das zum Teil zerschlagen. Jetzt muß der Bund in die Bresche springen. Feststellungen, daß man den Atomminengürtel nicht vollle, reichen nicht mehr aus.

## Moskaus Liebeswerben um Skandinavien

Mikojaans Finnlandbesuch war nur ein Auftakt

Fl - Helsinki

Mit seinem Weihnachtsbesuch bei dem finnischen Staatspräsidenten Kekkonen hat der sowjetische Staatspräsident Mikojan den Reigen des großen russischen Liebeswerbens um Skandinavien eröffnet, der in den nächsten Monaten seinen Höhepunkt erleben wird. Aber schon die Tatsache, daß im Zusammenhang mit dem Besuch von Mikojaan nicht erneut eine Proklamation über den Kekkonen-Plan der atomwaffenfreien Zone des Ostseeraums an die Öffentlichkeit drang, läßt den Schluß auf die skandinavische Solidarität in dieser Frage zu. Zwar war noch zu Zeiten von Chruschtschow der Kekkonen-Plan gestartet worden; er hatte aber in Kopenhagen, Stockholm und Oslo keine Gegenliebe gefunden. Finnland betonte ihn nicht mehr.

Vielleicht wäre es gut, wenn man in Moskau die Regierungsberichte aus den skandinavischen Hauptstädten in dieser Frage gründlicher studieren würde. In keinem skandinavischen Land lagern Atomsprenghöpfe. In keinem skandinavischen Staat werden Atomsprenghörper produziert. Das ist wiederholt und ausdrücklich von den skandinavischen Staatsmännern erklärt worden.

Demgegenüber weiß man, daß die Sowjetunion ihre atomgetriebenen U-Boote in zunehmendem Maße mit Raketenstartern ausrüstet, die Atomsprenghöpfe abfeuern können. Es ist bekannt, daß am Ostseerand und davor allem im Baltikum und Ostpreußen verbunkerte Starteinrichtungen für Atomraketen errichtet worden sind. Nicht bekannt aber ist, daß im Zusammenhang mit dem Kekkonen-Plan seitens der Russen angeboten worden ist, von sich aus die Atomsprenghkraft in und an der Ostsee abzubauen.

Im Laufe der nächsten Monate werden die Ministerpräsidenten von Norwegen (Gerhardsen), Schweden (Erlander) und Dänemark (Krag) in Moskau ihre Aufwartung machen. Es ist zweifellos auf beiden Seiten die Tendenz vorhanden, die Verhältnisse noch weiter zu verbessern, obgleich in dieser Beziehung beim Besuch von Chruschtschow im letzten Sommer schon Fortschritte erzielt worden sind. Der Schwerpunkt der Überlegungen wird jetzt im Bereich des Kulturaustausches und dann vor allem der engeren Handelsbeziehungen liegen.

Die Skandinavier sind daran interessiert, ihre hochwertigen Agrar-, Fischerei- und Industrieerzeugnisse in steigendem Umfange in Rußland unterzubringen. Die Kapazitäten in diesen Wirtschaftszweigen wachsen ständig, und der EWG-Raum spürt sich immer mehr von Skandinavien ab. Auf der anderen Seite wird Rußland sich bemühen müssen, im Interesse einer ausgeglichenen Handelsbilanz auch Erzeugnisse anzubieten, die in Skandinavien ihren Markt haben, wo ein sehr hoher Lebensstandard vorherrscht.

Sicher wird Moskau bei den Besuchen der drei Ministerpräsidenten bestrebt sein, die atomwaffenfreie Zone im Ostseeraum erneut ins Gespräch zu bringen. In Stockholm, Kopenhagen und Oslo denkt man aber sehr real. Die Entspannung in Mitteleuropa muß ihre Impulse von Washington und Moskau bekommen und ein Nebenaspekt wäre dann die atomwaffenfreie Ostsee.

+ + +

## WEU als Vorbild für Lateinamerika ?

Wirtschaftsgemeinschaft soll politischen Unterbau erhalten

Von Paul Haupt

Parlamentarier aus 15 lateinamerikanischen Ländern traten im Dezember in der peruanischen Hauptstadt Lima zu einer vorbereitenden Konferenz zusammen, um die Frage zu prüfen, ob es möglich und notwendig sei, die lateinamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft, die ALAIC, und die Organisation der amerikanischen Staaten, die OEA, durch eine politische Union Lateinamerikas zu ergänzen. Die Initiative zu dieser Konferenz war von Peru ausgegangen. Das peruanische Parlament hatte einstimmig einen Beschluß gefaßt, die Länder südlich des Rio Grande, das heißt, die Staaten Mittel- und Südamerikas, aufzufordern, eine besondere politische Union aufzubauen. Peru hatte damit einerseits eine alte Idee der Apristabewegung aufgegriffen, andererseits - und das wird besonders hervorgehoben - die Notwendigkeit erkannt, ebenso, wie die westeuropäischen Staaten in der EWG und in der WEU, eine Union der Staaten Lateinamerikas nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet zu erreichen.

Auf der Konferenz in Lima wurde nicht zuletzt von den meisten Teilnehmern betont, daß diese Staatengemeinschaft als Block gegen die in Lateinamerika sehr starke kommunistische Agitation nötig sei. Gewiß spielt auch das traditionelle Mißtrauen gegen eine absolute Führungsrolle Washingtons in diesem Streben nach einer rein lateinamerikanischen Vereinigung eine Rolle, jedoch wird bisher keine Ablehnung der bestehenden panamerikanischen Staatenorganisation, der OEA, oder ein Austritt aus ihr von den Verfechtern der besonderen lateinamerikanischen Union gefordert.

### Freie Gewerkschaften unterstützen den Plan

EWG und WEU sind die Vorbilder, denen Südamerika folgen will - wobei man sich allerdings auch bewußt ist, daß man dieselben Schwierigkeiten haben könnte, die sich in Europa gezeigt haben. Nech der schon die ALAIC, die lateinamerikanische Freihandelsvereinigung, die im Jahre 1959 in Montevideo gegründet wurde, nach dem Beispiel der EWG ausgebaut wurde. Wenn sie auch in vieler Hinsicht als Gegenspieler der EWG aufgetreten ist, wird die Notwendigkeit, auch eine politische lateinamerikanische Gemeinschaft zu schaffen, besonders von liberalen und sozialistischen Gruppen in den verschiedenen Staaten und international von der panamerikanischen Zweigorganisation der freien Gewerkschaftsinternationale unterstützt.

Während die unter der Führung Kennedys zusammengefaßte Organisation der Staaten Gesamtamerikas ähnlich wie die NATO in erster Linie ein Organ der Staatsregierungen ist, geht der Plan einer lateinamerikanischen parlamentarischen Union vor allem davon aus, ein Organ zu schaffen, in welchem wie in der WEU, eine Vollversammlung von Parlamentariern neben einem Ministerrat gebildet werden soll.

Gewiß kann man, wie es ein großer Teil der lateinamerikanischen Presse tut, darauf hinweisen, daß kein anderer als der Befreier Südamerikas von der spanischen Kolonialherrschaft, Simon Bolivar, schon um das Jahr 1800 die Schaffung der "Vereinigten Staaten von Lateinamerika" als Endziel des Befreiungskampfes bezeichnete, und daß auch Diktatoren wie Peron von einem politisch einheitlichen Südamerika träumten, aber die jetzige Planung beruht doch stark auf den europäischen Beispielen.

#### Parlamentarische Kontrolle vorgesehen

Die Ansichten über die Kompetenzverteilung zwischen Ministerrat und parlamentarischer Vollversammlung gehen gewiß noch auseinander, jedoch der peruanische Plan wie die schon vorher von dem Präsidenten der Interamerikanischen Bank für Entwicklung der BIZ, dem Argentinier Felipe Herrera, zielen ausdrücklich auf eine demokratische Organisation der zukünftigen "Lateinamerikanischen Union" hin. Der Parlamentarier soll die Kontrolle und die politische Führung haben. Ausgeschlossen von der Teilnahme an der Union sollen diktatorisch regierte Staaten bleiben, wobei man soweit geht, auch Parlamentariern aus Einpartei-Parlamenten das Teilnahmerecht zu verweigern.

#### "Barrikade gegen kommunistischen Block"

Dieses schon in dem peruanischen Vorprojekt enthaltene und von Herrera unterstrichene Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie ist umso bedeutsamer, als gerade in Peru noch im Jahre 1962 die Gefahr einer Diktatur bestand, die erst durch eine Versöhnung und Zusammenarbeit der Partei des Staatspräsidenten Belaunde mit der Partei der Apristen beseitigt werden konnte. Für ganz Lateinamerika gilt, daß die geplante Union eine starke Barrikade gegen den kommunistischen Block bilden soll, der, oft unter neutraler Flagge, versucht, die Gewerkschaften und Intellektuellen für den Kommunismus zu gewinnen.

Die Staaten der EWG und der WEU täten gut daran, mit der Bildung einer lateinamerikanischen politischen Union in nicht allzu ferner Zukunft zu rechnen. Dabei muß zur Kenntnis genommen werden, daß diese Union "eine gemeinschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den USA auf Partnerbasis" verfolgen will, wie Herrera für die Mehrheit der südamerikanischen Staaten auf der Weltwirtschaftskonferenz der Vereinten Nationen in Genf seine Ziele bereits unrissen hat.